



Pastor Hans Martin Renno, Referent für diakonische und gesellschaftspolitische Verantwortung

Nein zur Bundeswehr

09.12.2015

Von Hans Martin Renno / Volker Kiemle

Nein zur Bundeswehr in Syrien

Der Militäreinsatz der Bundeswehr in Syrien führt nicht zum Frieden, sagt Pastor Hans Martin Renno. Besser sei es, keine Waffen mehr zu liefern.

Der Beschluss des Deutschen Bundestages am 4. Dezember 2015, Bundeswehrtruppen in Syrien einzusetzen, ist eine Antwort auf die schrecklichen Terroranschläge am 13. November 2015 in Paris. Damit bekommt die französische Regierung in ihrem Kampf gegen den Terrorismus Unterstützung von Deutschland.

Ich halte diesen Beschluss für falsch. Seit dem 13. November wird in Gesprächen immer wieder die Angst davor genannt, dass unsere freiheitliche Demokratie einer islamistischen Gewaltherrschaft weichen müsse. Insbesondere von Frauen höre

ich die Angst, ihrer Rechte und ihrer Freiheit beraubt zu werden. Ich kann diese Ängste durchaus nachvollziehen. Was ich höre und lese über die strengen Ordnungen und Regelungen zwischen den Geschlechtern – da wird es mir auch ziemlich mulmig zumute.

Tief beeindruckt freilich hat mich der offene Brief des Radiojournalisten Antoine Leiris, dessen Ehefrau und Mutter seines 17 Monate alten Sohnes bei den Anschlägen in Paris getötet wurde. Er schreibt an die Terroristen: »Ihr bekommt meinen Hass nicht...«. Damit macht er deutlich, dass Hass und Vergeltung auf solche Gewaltakte zwar reflexartige Reaktionen sind; aber Besonnenheit allein kann eine Perspektive zur Bewältigung liefern. Gewalt mit Gewalttat zu beantworten, bedeutet die Logik und den Kreislauf der Gewalt eskalieren zu lassen.

Auf ein terroristisches Verbrechen in Paris antwortet Deutschland, indem es in einen perspektivisch nicht gerade hoffnungsvollen Krieg eintritt – und damit dem sogenannten »IS« erst recht einen Grund dafür liefert, dass Deutschland sein erbitterter Feind ist, der mit militärischen Mitteln bekämpft werden muss. Ist das sinnvoll?

»Nicht in unserem Namen«

Am 7. Dezember 2015 hat die Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland einen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages geschrieben. Darin formuliert sie unmissverständlich: »Diese Entscheidung haben Sie nicht in unserem Namen gefällt!« Die Vorsitzende Doris Hege macht deutlich, dass die nicht militärischen, zivilen Mittel des Kampfes, »das Abschneiden der Finanzströme des sogenannten »IS«, das Verhindern von Waffenlieferungen, die Unterbindung des Öl-Handels« bisher nicht ausgenutzt werden. Würden diese konsequent angewandt, so scheint es mir, würden sie als Druckmittel wohl schneller und erkennbarer wirken als die nicht absehbaren und insbesondere Not und Elend auslösenden militärischen Einsätze.

Außerdem weist Doris Hege darauf hin, dass der Bürgerkrieg in Syrien nur unter Einbeziehung aller beteiligter Konfliktparteien gelöst werden kann – ohne machtpolitisch oder ressourcenorientierte Einflussnahme aus Ost und West, aus Nord und Süd. Mich betrübt es sehr, dass die Abgeordneten des Bundestages aus den gescheiterten militärischen Lösungsversuchen im Irak, in Afghanistan, in Syrien keine Konsequenzen gezogen haben, sondern dem Reflex von Gewalt auf Gewalt gefolgt sind. Wann erkennen und anerkennen wir Menschen, dass jede Art von Konfliktlösung mit Vertrauensbildung einhergeht? Und dass eine zukunftsfähige Konfliktlösung auf Verhandlungen und Vermittlung beruht?

Weil an Weihnachten Gott Mensch wurde und die gewohnten Verhältnisse auf den Kopf gestellt hat, werde ich die Hoffnung auf eine friedfertige Welt nicht aufgeben!

*Pastor Hans Martin Renno, Referent für diakonische und gesellschaftspolitische
Verantwortung*

Foto: privat

Offener Brief der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland

© 2020 - Evangelisch-methodistische Kirche